



im Bezirkstag Pfalz

DIE LINKE im Bezirkstag Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

**Am Immenborn 6
66954 Pirmasens**

Telefon: 06331/227214

Mobil: 0159 01038312

Mail: brigitte@freihold-windsberg.de

Haushaltsrede 2016

21. Dezember 2015, Brigitte Freihold, DIE LINKE

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

auch im Haushaltsentwurf 2016 leistet sich der Bezirksverband Pfalz keinerlei Luxus, dennoch wird mit einem Jahresfehlbetrag von rund 5,73 Mio im Ergebnishaushalt gerechnet. Der gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsausgleich wird nicht erreicht. Der Haushalt kommt nicht ohne Neuverschuldung aus. Das in diesem Jahr schon um fast 5 Mio geschrumpfte Eigenkapital soll sich im Jahr 2016 um ca 5,7 Mio verringern. Da auch für die Folgejahre unschwer eine ähnliche Entwicklung prognostiziert werden kann, lässt sich leicht ausrechnen, dass in 6 bis 7 Jahren keine Eigenkapitalreserve mehr vorhanden sein wird.

Die Zuwendungen des Landes sind zu gering, um einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Es reicht gerade einmal, um die tolerierbare Maximalhöhe des Defizits bei den §15er Einrichtungen nicht zu überschreiten. Glücklicherweise fällt wohl die Bezirksverbandsumlage wegen der gestiegenen Einnahmen der kommunalen Haushalte etwas höher aus, so dass dieser Umstand das Defizit der sonstigen Bezirkstageeinrichtungen ein wenig abfedern kann. Nichtsdestotrotz schwebt das Damoklesschwert Pfalzwerke – Dividende über dem Etat: Sollte die erwartete Dividende von 6 € nicht in dieser Höhe ausgeschüttet werden, ist der Haushalt nicht ausgeglichen. Da die Pfalzwerke – Unternehmensspitze allerdings schon für 2015 mit der Schwarzen Null kalkulierte, ist Skepsis angebracht: Man kann nur hoffen, dass diese Planung nicht am Ende zur klassischen Luftbuchung wird! Auch 2016 müssen Liquiditätskredite in einer Höhe von 1,87 Mio € aufgenommen werden. Die Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten lässt erwarten, dass

es zur baldigen Zinswende kommt - und was das für die hoch verschuldeten Gebietskörperschaften bedeutet, kann sich jeder selbst ausmalen!
Eine größere Erhöhung der Verbandsumlage ist problematisch, weil die meisten Kommunen unter dem Dach des Bezirksverbandes selbst überschuldet sind. Aus politischer Sicht wäre eine Erhöhung der Verbandsumlage vielleicht auch das falsche Signal in Richtung Landesregierung, die man damit aus ihrer Verantwortung entlassen würde. Dennoch werden wir wohl irgendwann nicht um eine Erhöhung der Verbandsumlage herumkommen, die seit fast 20 Jahren nicht mehr angepasst wurde.

Der vorliegende Haushaltplan enthält kaum Perspektiven für eine bessere Ausstattung der Einrichtungen des Bezirksverbandes, für eine stärkere Förderung des Kulturbereichs oder für eine zeitnahe und angemessene Weiterentwicklung des Naturparks Pfälzerwald.

Der Haushalt ist leider nur Mangelverwaltung auf niedrigem Niveau, eine Steuerungsfunktion im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung und finanzielle Spielräume sind praktisch nicht vorhanden. Es gibt wenig zu gestalten, über das man sich politisch austauschen könnte. Es gibt wenig zu verbessern, zu entwickeln oder zu fördern, weil dafür einfach die notwendigen finanziellen Mittel fehlen. Die Verwaltung hat ihre Arbeit gut gemacht und die Haushaltspositionen auf der Grundlage bisheriger Haushalte buchhalterisch weitergeführt. Das hat freilich nichts mit politischer Planung oder Steuerung zu tun, sondern ist reines Verwaltungshandeln. Insofern stellt sich die Sinnfrage bei unseren Etatdebatten, denn das einzige, was an konstruktiven Vorschlägen gemacht wird, sind Vorschläge für Einsparungen, Umschichtungen von Haushaltspositionen, um irgendwo doch noch ein paar Euro für ein neues Kleinprojekt herauszuholen.

Zudem gibt es unter der Verantwortung des Bezirkstages einige Großbaustellen:

Beispiel Historisches Museum in Speyer:

Der Neubau ist völlig marode und schimmelbelastet, doch die mehr als 12 Mio teure Sanierung ist im Haushalt 2016 nicht vorgesehen. Wie lange soll noch gewartet werden? Das Gebäude wird maroder, die Sanierung teurer!

Dazu passend das Beispiel Hüttenwesen im Pfälzerwald:

Schon im Pflege- und Entwicklungsplan des Naturparks Pfälzerwald von 1993 wurden fehlende statistische Daten zum Hüttenwesen und fehlende Mittel für die Unterhaltung moniert. Das Ergebnis ist ein enormer Renovierungs- und Sanierungsstau.

Nachdem der Bezirksverband 2014 die Trägerschaft für den Naturpark Pfälzerwald übernommen hat, ist es nun Sache des Bezirkstages der Pfalz, die überfälligen Schritte zur Erfassung der Sanierungsmaßnahmen in die Wege zu leiten und in einem nächsten Schritt diese auch umzusetzen.

Nun soll endlich in 2016 ein bis ins Jahr 2020 befristet beschäftigter Architekt neben anderen Aufgaben die Begutachtung der Hütten durchführen. Auf diese Weise wird wohl alleine die Begutachtung weitere Jahre in Anspruch nehmen. Das ist natürlich bei weitem nicht ausreichend, um die Problematik zu bewältigen und den Sanierungsstau im pfälzischen Hüttenwesen zeitnah aufzulösen. In Anbetracht der

Wichtigkeit des Naturparks Pfälzerwald für den rheinland-pfälzischen Tourismus ist eine flächendeckende Sanierung des Hüttenwesens unumgänglich.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren,

bleiben wir noch ein wenig beim Naturpark Pfälzerwald.

am 19. Juni hat der Bezirkstag ein Positionspapier zum Naturpark Pfälzerwald verabschiedet. Und jetzt? Wie geht es weiter? Wohlfeile Absichtserklärungen sind das Eine, die praktische Umsetzung das andere.

„Was wir im Biosphärenreservat investieren, trägt vielgestaltige Früchte“, heißt es in der Schlussbemerkung des Positionspapiers. Von der Realisierung dieser Forderung sind wir angesichts der Schuldensituation im Land und Bezirksverband sowie der verschärfenden Wirkung der Schuldenbremse weit entfernt. Von einer Finanzausstattung wie z.B. im Sycopark in Frankreich können wir leider nur träumen. Die durchaus ehrgeizigen Ziele des Bezirkstages sind unter den gegebenen Umständen nicht zu realisieren. Wollte man den in der Landesverordnung ausgewiesenen Schutzzweck des Naturparks Pfälzerwald nur in einigen Punkten ernst nehmen, wären dafür wesentlich höhere Summen notwendig.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

Sie haben im Januar am Rande der Verleihungszeremonie des MAB-Nationalkomitees zur Erneuerung des Biosphärenstatus des Naturparks Pfälzerwald ausgeführt, man solle ehemalige Militärliegenschaften lieber renaturieren, anstatt sie für Windkraftanlagen zu überplanen. Bis zum Abzug des US-Militärs stellten die massiven Eingriffe und die damit verbundene Zerstörung der Natur durch militärische Einrichtungen für die heutigen Windkraftgegner keinerlei Problem dar. Darüber hinaus sind diese Gelände wenig zuträglich für den Naturpark Pfälzerwald als Naherholungsgebiet und wichtigen Tourismusfaktor. Insbesondere die verseuchten Böden stellen meines Erachtens eine Gefährdung für den Biosphärenstatus dar und sind ein ernsthaftes Risiko für Wasserschutzgebiete und die Trinkwasserversorgung. Als es um politische Statements gegen Windkraft im Pfälzerwald ging, setzte sich der Bezirksverband Pfalz mit seinem Windkraftmoratorium an die Spitze der Windkraftgegner. Bei der Beseitigung von militärischen Altlasten hingegen vermisste ich ein vergleichbares Engagement des pfälzischen Parlaments.

Dabei sollte der Bezirksverband als Träger des Naturparks Pfälzerwald ein gesteigertes Interesse daran haben, dass die Überbleibsel des Kalten Krieges aus der Naturlandschaft Pfälzerwald verschwinden und die Gelände einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden können. Auch für diese Baustelle muss es einen Etat geben!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren,

die drittgrößte Einnahmequelle des Bezirksverbandes sind die Pfalzwerke. Ohne die stattliche Einnahme von mehr als 5 Mio sind viele kulturelle Projekte gefährdet.

Die Pfalzwerke sind für die Herausforderungen der unumgänglichen Energiewende allerdings so gut aufgestellt wie ein Dinosaurier. Das Hauptgeschäft der Pfalzwerke ist seit mehr als 100 Jahren die klassische Versorgung von Haushalten mit Strom und Gas. Dies reicht aber heutzutage nicht mehr aus. Stattdessen sollte viel stärker als bisher in die Erzeugung erneuerbarer Energien unter eigener Regie investiert werden. Was bisher in dieser Richtung laut eigener Homepage auf den Weg gebracht wurde, ist eher bescheiden.

Das bis vor kurzem von den Pfalzwerken betriebene Geothermiekraftwerk in Landau-Insheim hat eine ungewisse Zukunft, wird voraussichtlich ein Millionengrab. Mit der Photovoltaik-Anlage auf der Lärmschutzwand an der A6 werden für sage und schreibe 20 Haushalte Strom erzeugt, mit den Biomassewerken Wörth I und II werden ein Badepark, eine Schule und einige Privathäuser versorgt. Mit diesen drei Beispielen werden die Pfalzwerke als „Pionier für erneuerbare Energien“ in der Pfalz angepriesen. Die Pfalzwerke-Tochter Pfalzwind GmbH, die lediglich 63 Windräder betreibt, steckt tief in den roten Zahlen und führt gerichtliche Auseinandersetzungen mit dem Ex-Partner Juwi. Diese Vorgänge sind nicht geeignet, dass sich die Pfalzwerke auf dem Markt für erneuerbare Energien tatsächlich aussichtsreich positionieren könnten.

Und welche Lenkungsfunktion erfüllt der größte Anteilseigner Bezirksverband? Gar keine, jedenfalls nicht in Richtung Energiewende, die, wie Sie wissen, Herr Aufsichtsratsvorsitzender Wieder, nur mit Windenergie zu verwirklichen ist. Will Rheinland-Pfalz tatsächlich komplett auf Erneuerbare Energien umstellen, werden davon mindestens 50 Prozent aus Windenergie erzeugt werden müssen. Wollen die Pfalzwerke von diesem Geschäft profitieren, werden sie verstärkt Windkraftanlagen errichten müssen.

Eine weitere schwere Hypothek für die Zukunft ist die noch immer nicht im vollen Umfang geklärte Finanzierung der Modernisierungs- und Ausbaumaßnahmen des Maßregelvollzuges im Pfalzkrankenhaus. Es ist einigermaßen unerträglich, wie die Verantwortung für die entstandenen Mehrkosten vom Bezirksverband auf das Land und wieder zurück geschoben wird und damit dringend notwendige weitere Ausbaumaßnahmen ins Stocken geraten. Fakt ist, dass das Land nach dem Maßregelvollzugsgesetz die Kosten für den Umbau und die Modernisierung vollständig zu tragen hat. Fakt ist aber auch, dass dem zuständigen Sozialministerium durch die schleppende Bearbeitung, fehlende Unterlagen und Verwendungsnachweise immer wieder Auswege eröffnet wurden, um einer Kostenübernahme auszuweichen.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir folgende Bemerkung: Der Bezirkstag Pfalz sollte eigentlich auch so etwas wie die Kontrollfunktion eines Aufsichtsrates über den Bezirksvorstand und die Verwaltung ausüben und dies in transparenter und demokratischer Art und Weise in die Öffentlichkeit transportieren. Dieser Aufsichts-

und Kontrollfunktion sind allerdings enge Grenzen gesetzt, und der Bezirkstag führt dazu noch in der Öffentlichkeit eher ein Schattendasein.

Ich möchte an dieser Stelle anregen, mehr Transparenz bei den Sitzungen des Bezirksausschusses und des Bezirkstages zu schaffen und die nichtöffentlichen Teile auf das absolute Mindestmaß der gesetzlich unumgänglichen Inhalte zu beschränken. Es ist eine allgemeine politische Wahrheit, dass erst die Herstellung von Öffentlichkeit den notwendigen Druck für politische Veränderung erzeugt, sich politisch Verantwortliche nicht allzu selten erst dann bewegen, wenn ihr Handeln von der Bevölkerung wahrgenommen und reflektiert wird. Auch bei den Verschleppungen und zähen Verhandlungsmarathons bei den Bauvorhaben im Maßregelvollzug hätte mehr Transparenz und Öffentlichkeit womöglich dazu geführt, dass die Kostenfrage schneller geklärt und die Bauvorhaben zügiger umgesetzt worden wären.

Doch bleiben wir noch einen Moment beim Pfalzkrlinikum:

Die für 2019 geplante vollständige Aufhebung der Psychiatrie-Personalverordnung und der darin geregelten Personalbemessungskriterien sowie die Auswirkungen des Landeskrankenhausfinanzierungsgesetzes werden darüber hinaus zu einer massiven Unterversorgung der Patientinnen und Patienten im Pfalzkrlinikum führen. Die Kahlschlagsaxt wird beim Pfalzkrlinikum also von zwei Seiten angesetzt: Werden Patientinnen und Patienten krankheitsbedingt länger und umfassender behandelt oder früher wieder aufgenommen, als im Entgeltkatalog vorgesehen, bleiben die Zusatzkosten am Pfalzkrlinikum hängen und gleichzeitig wird eine dringend gebotene Personalaufstockung verhindert. Diese politisch gewollte Entwicklung trifft in erster Linie die Patientinnen und Patienten und ihr Recht auf medizinische Versorgung, aber auch den Bezirksverband als Gewährsträger des Pfalzkrlinikums. Denn wir werden zukünftig unter dem Damoklesschwert der Gewährsträgerhaftung stehen.

Ich könnte an dieser Stelle die Reihe der angefangenen und zukünftigen Baustellen fortsetzen.

Es gäbe genug zu sagen über den schleppenden Fortgang bei der Realisierung von Inklusion und Barrierefreiheit, genug energetisch notwendige Sanierungen, genug überfällige Modernisierungsmaßnahmen.

Viele dieser Projekte werden von Jahr zu Jahr wegen fehlender Mittel in die Zukunft verschoben. Das ist angesichts der zu erwartenden Zinsentwicklung und weiteren Kostensteigerungen in allen Bereichen fahrlässig.

Deswegen wäre es besonders einer Koalition aus SPD und CDU gut angestanden, die Finanzverhandlungen mit dem Land Rheinland-Pfalz stringenter, erfolgreicher und somit zukunftsorientierter zu führen.

DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz kann jedenfalls dem Haushalt 2016 und der dazugehörigen Satzung nicht zustimmen.

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz